

R e s o l u t i o n
des Jugendhilfeausschusses
der Stadt Hennef
vom 30.08.2012 zum Betreuungsgeld

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hennef bittet die Bundesregierung, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von bis zu 2,2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung sowie in verstärkte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Tagesmüttern und -vätern zu investieren.